



Der Stadtverordnetenvorsteher  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren  
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 19.03.2010

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung  
am Donnerstag, 25. März 2010, um 16:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.02.2010
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **10-F-25-0027**

Anfertigung und Veröffentlichung von Fotos von Straßenzügen und Häuseransichten durch Google für den sog. Street-View-Dienst  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.03.2010 -

### Vorbemerkung:

In Ergänzung zum Dienst „Maps“ der Firma Google werden auch in vielen hessischen Kommunen 360-Grad-Aufnahmen von Straßenzügen in höchster Qualität gemacht. In der Landeshauptstadt Wiesbaden werden die Aufnahmen im Laufe des Jahres 2010 abgeschlossen sein.

Die Aufnahmen sollen unter der Bezeichnung „Google Street View“ im Internet frei zugänglich für alle veröffentlicht werden. Da bei diesen Aufnahmen auch Passanten in Alltagssituationen abgelichtet werden, bestehen datenschutzrechtliche Bedenken.

Der Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, ob Google Deutschland zwecks Erstellung von Bildaufnahmen von Wiesbadener Straßenzügen und Häuserzeilen für den Google-Street-View-Dienst an die Stadt herangetreten ist oder ob solche Aufnahmen bereits erstellt wurden.
2. Google Deutschland für den Fall, dass solche Aufnahmen noch erstellt werden sollen, aufzufordern, Wiesbadens Bürger rechtzeitig auf den geplanten Termin der Aufnahmen hinzuweisen.
3. Wiesbadens Bürger auf Ihre Rechte zum Widerspruch gegen die Veröffentlichung von Aufnahmen ihrer Häuser, Wohnungen und Fahrzeuge hinzuweisen.
4. sich dafür einzusetzen, dass die zulässige Aufnahmehöhe gemäß der Forderung von Bundesverbraucherschutzministerin Aigner von 2,50 Meter auf 1,80 Meter reduziert wird.
5. zu berichten, ob seitens der Stadt Widersprüche gegen die Aufnahme und Veröffentlichung von städtischen Einrichtungen, die datenschutzrechtlich sensibel sind (wie z. B. Beratungsstellen) vorgesehen sind.

### 5. 10-F-01-0032

Durchführung eines Symposiums zur Zukunft der Rhein-Main-Hallen (RMH)  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die StvV fordert den Magistrat auf, zur Vorbereitung einer fundierten Entscheidung über die Zukunft der Rhein-Main-Hallen (RMH) bis spätestens Herbst 2010 ein Symposium durchzuführen - eventuell mit wissenschaftlicher Unterstützung. Dabei sollen Marktanalysen zum Messe- und Kongresswesen auf regionaler und nationaler Ebene berücksichtigt, die besonderen Standortfaktoren der Landeshauptstadt herausgearbeitet und Betreiber- und Finanzierungsmodelle erörtert werden, um ein zukunftsfähiges Konzept für die RMH erarbeiten zu können.

Eine breit angelegte Diskussion zur Zukunft der RMH mit Experten der verschiedenen Fachrichtungen im Vorfeld der Entscheidungen in den politischen Gremien ist unerlässlich. Die Klärung folgender Fragen soll dafür die Diskussionsgrundlage bilden:

1. Unterscheiden sich die Anforderungen an eine Halle mit vorwiegender Nutzung im Messe-/Ausstellungsbereich von einer Halle, die sich auf den Tagungs-/Kongress-/Kulturbereich konzentriert und wenn ja wie? Ist es noch zweckmäßig, eine Halle zu konzipieren, die beide Funktionen erfüllt?
2. Inwieweit können das Kurhaus und die Rhein-Main-Hallen als ein Veranstaltungsort vermarktet werden?

3. Wie sieht die Konkurrenzsituation der Hallenbetreiber im Rhein-Main-Gebiet aus? Bestehen hier Möglichkeiten der Kooperation?
4. Welche Betreibermodelle und Finanzierungskonzepte sind denkbar?

## 6. 10-F-25-0030

Ehemalige Heimkinder

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.03.2010 -

Vorbemerkung:

Am 26.11.2008 hat der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages einstimmig einen Beschluss gefasst, in dem es u.a. heißt: „Der Petitionsausschuss sieht und erkennt erlittenes Unrecht und Leid, das Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Kinder- und Erziehungsheimen in der alten Bundesrepublik in der Zeit zwischen 1945 und 1970 widerfahren ist und bedauert das zutiefst.“

Der Hessische Landtag hat am 29.10.2009 eine öffentliche Anhörung „Ehemalige Heimkinder in Hessen“ durchgeführt, in der betroffene ehemalige Heimkinder über ihr Schicksal berichtet haben.

Dort wurde deutlich, dass viele Betroffene bis heute Schwierigkeiten im privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Leben haben als Folge des erlittenen Unrechts. Immer noch ist es für viele Betroffene schwierig, ihre eigene Biographie zu rekonstruieren oder Hilfen bei der Verarbeitung des erlittenen Leids zu erhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass Kindern und Jugendlichen in Heimen großes Unrecht widerfahren ist, vor allem in den 1950er und 1960er Jahren. Auch in Wiesbadener Heimen wurden Kinder und Jugendliche in dieser Zeit untergebracht. In vielen Einrichtungen waren Leid, emotionale Verwahrlosung, aber auch Missbrauch und körperliche Misshandlung an der Tagesordnung. Die aus heutiger Sicht oft unfassbare Situation in den Kinderheimen der frühen Bundesrepublik war jedenfalls in der Fachöffentlichkeit durchaus bekannt. Heimaufsicht, Jugendämter, Vormundschaftsgerichte und andere Stellen blieben überwiegend untätig oder teilten gar die in den Heimen vertretenen Erziehungsmethoden. In der Anhörung des Hessischen Landtags am 29.10.2009 wurde deutlich, dass die Sicherung noch vorhandener Akten aus dieser Zeit (bei Jugendämtern, Einrichtungsträgern, Heimaufsicht und Gerichten) deshalb von großer Bedeutung ist.
2. Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit den Heimen bzw. Heimträgern dafür Sorge zu tragen, dass etwa noch vorhandene Akten weiter aufbewahrt und sorgsam behandelt werden. Er wird weiterhin gebeten dafür Sorge zu tragen, dass den Betroffenen uneingeschränkte Akteneinsicht in alle sie betreffenden Vorgänge gewährt und ihnen jede mögliche Hilfe bei der Biographieforschung zur Verfügung gestellt wird.

## 7. 10-F-25-0028

Wiesbadener Stadteingänge

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.03.2010 -

Stadteingänge sind Imageträger für Städte. Sie sollen Einwohnern, Besuchern und Reisenden, die zu Fuß oder mit den unterschiedlichen Verkehrsmitteln in die Stadt gelangen, vom ersten Moment an einen positiven Eindruck der Stadt vermitteln. Grundsätzlich sollen sie ein positives und unverwechselbares Bild einer Stadt vermitteln.

Für Wiesbaden wurde deshalb eine Studie „Stadteingänge in Wiesbaden“ initiiert. Die wichtigsten Stadteingänge sollten analysiert und auf Defizite untersucht werden. Daraus sollten Verbesserungsvorschläge erarbeitet werden.

Der Magistrat wird daher gebeten,

1. zu berichten, ob die Ergebnisse der städtebaulichen Untersuchung „Stadteingänge in Wiesbaden“ vorliegen,
2. sofern bereits Ergebnisse vorliegen, diese in den politischen Gremien vorzustellen,
3. darzustellen, mit welchen geeigneten Maßnahmen sowohl kurzfristige als auch langfristige Verbesserungen realisiert werden können. Hierbei sollte der Fokus zunächst auf die beiden Stadteingänge Mainzer Straße und Schiersteiner Straße gelegt werden
4. darzustellen, welche finanziellen Bedarfe sich für die kommenden Haushaltsberatungen ergeben.
5. darüberhinaus auch die Stadteingänge aus dem Taunus (Platter Str. Aarstr.; „Eingang Dürerplatz“ bzw. Verlängerung Schwalbacher Str.) zu betrachten.
6. wichtige Eingänge in die Ortsteile (z.B. Erbenheim, Frauenstein usw) ebenfalls mit einzubeziehen

## 8. 10-F-06-0018

Neonaziaufmarsch am 8. Mai 2010 verhindern!

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linken Liste vom 17.03.2010 -

Vorbemerkung (aus dem Aufruf „Nazi-Aufmarsch am 08. Mai in Wiesbaden verhindern!“):

Am 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wollen Neonazis der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" gegen „Folterknechte und Kriegspolitik der USA“ demonstrieren.

In Wiesbaden standen die Neonazis zuletzt im Jahr 2008 mit Megafon und NPD-Fahne auf einer Verkehrsinsel in Mainz-Kastel. Umringt von Polizei und einer Überzahl von Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten boten sie ein jämmerliches Bild. Ein Jahr später wollten sie am 1. Mai in Mainz marschieren und scheiterten an der beeindruckenden Zahl demokratischer und antifaschistischer Menschen, die sich ihnen in den Weg stellten.

Auch danach gab es ermutigende Ereignisse, bei denen Menschen sich in ihrem Demokratieverständnis nicht auf Gerichte und andere Institutionen verlassen wollten, sondern selbst aktiv wurden: Im hessischen Friedberg und zuletzt in Dresden stellten sich die Menschen so zahlreich auf die Straßen, sagten so laut „Nein“ zu den Nazis und blieben so lange stehen, bis die geplanten Nazi-Aufmärsche abgeblasen werden mussten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Jahrestage des 9. November 1938 und des 27. Januars 1945 sind für die Landeshauptstadt Wiesbaden alljährlich Anlass zu erinnern an die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung auch hier in Wiesbaden und die Verfolgung und Ermordung von Millionen Menschen durch die NS-Gewaltherrschaft.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 25. September 2008 erklärt:

Die Erinnerung an diese Verbrechen mahnt uns eindringlich, jede Form von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus engagiert zu bekämpfen und keinerlei Toleranz zu üben gegenüber jedweden Versuchen der NPD und anderer rechtsextremistischer und neonazistischer Gruppen ihre widerwärtige Propaganda zu verbreiten.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden ruft deshalb die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, den Neonaziaufmarsch am 8. Mai 2010 in unserer Stadt zu verhindern. Die Aktionen der Bürgerinnen und Bürger gegen Neonaziaufmärsche in Mainz, Friedberg und in Dresden sind für uns ermutigende Vorbilder.

## **9. 10-F-04-0001**

Sachstandsbericht über Programm zur Straßengrundsanie rung  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 16.03.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten:

1. Wie gedenkt der Magistrat vorzusorgen, dass im nächsten Winter die Anzahl und Größe der Schlaglöcher nicht das Ausmaß dieses Winters erreicht?
2. Wie weit ist das Grundsaniierungsprogramm der Wiesbadener Strassen, fortgeschritten?
3. Wann und zu welchen Kosten wird das Wiesbadener Straßennetz komplett durchsaniert sein, bzw., wann sind sämtliche Hauptverkehrsstraßen ( wie z.B. Erich-Ollenhauer-Straße) in einen dauerhaft ordnungsgemäßen Zustand versetzt?
4. Wie beurteilt der Magistrat die derzeitige Unfallgefahr durch Schlaglöcher in Wiesbaden für PKW- und Zweiradfahrer?

## **10. 10-F-07-0014**

Walkmühle  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 05.03.2010 -

Die Walkmühle bedarf dringend einer fachmännischen Sanierung. Ein Antrag der Jamaika-Koalition zu diesem Thema wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Juli 2009 gestellt und angenommen. Seit Herbst letzten Jahres liegen zwei Konzepte vor, eines vom Künstlerverein Walkmühle und eines von einem hiesigen Investor. Prüfung und Vergleich der Konzepte wurden mehrfach angekündigt, bisher ist aber nichts über Ergebnisse verlautet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über die beiden Konzepte für die Sanierung der Walkmühle zu berichten und darzulegen, wie er in der Sache vorzugehen gedenkt.

## 11. 10-F-07-0013

Schriftliche Anfrage Nr. 94/08 der Bürgerliste Wiesbaden vom 29.09.2008 nach § 43 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Hafen-Stadt Schierstein  
- Aufnahme als Beratungsgegenstand, da die schriftliche Antwort nicht fristgerecht erteilt worden ist -

### ANLAGE

## 12. 10-F-25-0026

Teilnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden am Wettbewerb "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010"  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.03.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. für die Landeshauptstadt Wiesbaden eine Bewerbung für den Wettbewerb der Deutschen Umwelthilfe "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" vorzubereiten.
2. hierüber in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit - d.h. vor Ablauf der Einsendefrist am 30.4.2010 - zu berichten.

## 13. 10-F-25-0029

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.03.2010 -

Vorbemerkung:

Am 26. März 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention) für Deutschland in Kraft getreten.

Die UN-Konvention will die Inklusion in die Gesellschaft und die Öffnung der Gesellschaft für Menschen mit Behinderungen. Eine "inklusive Gesellschaft" lässt Ausgrenzungen nicht zu, eine Teilung der Gesellschaft in Menschen mit und ohne Behinderung wird nicht akzeptiert. Deshalb sind alle Bereiche des Lebens betroffen, insbesondere die Bereiche Bildung, Gesundheit, Verkehr, Planen und Bauen, da diese die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen widerspiegeln.

Mit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention wurde im Prinzip eine neue Rechtslage geschaffen. Die Konvention bindet alle staatlichen Ebenen.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist eine gesellschaftliche und politische Aufgabe von höchster Priorität.

Die Kommunen sind u.a. nach Artikel 19 der UN-Konvention dazu aufgerufen dafür zu sorgen, dass Menschen mit Behinderung Zugang zu einer Reihe von gemeindenahen Unterstützungsdiensten zu Hause und in Einrichtungen sowie zu sonstigen gemeindenahen Unterstützungsdiensten haben. Diese kommunale Vorsorge beinhaltet auch die persönliche Assistenz, die zur Unterstützung des

Lebens in der Gemeinschaft und der Einbeziehung in die Gemeinschaft sowie zur Verhinderung von Isolation und Absonderung von der Gemeinschaft notwendig ist. Ferner sind Kommunen dazu aufgerufen, dass gemeindenahere Dienstleistungen und Einrichtungen für die Allgemeinheit Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zur Verfügung stehen und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden bereits viele Maßnahmen zur Barrierefreiheit und gleichberechtigten Teilhabe im Bereich der Mobilität, der Information, Kommunikation und kulturellen Teilhabe auf den Weg gebracht hat.
2. Damit die UN Konvention auf allen Ebenen umgesetzt werden kann, wird der Magistrat aufgefordert, weitere Initiativen und Maßnahmen zur lokalen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einzuleiten und darüber zu berichten.

#### 14. 10-F-01-0033

Die Wiesbadener Optionskommune - das Modell mit Zukunft  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2010 -

Das (bis zum 31.12.2010 befristete) Wiesbadener Modell der Optionskommune hat sich bewährt. Die Vorteile liegen in der umfassenderen Kenntnis der regionalen (Arbeitsmarkt-)Strukturen und in der Flexibilität der Kommune, auf Gegebenheiten des örtlichen Arbeitsmarktes kurzfristig und ohne Konsultation einer fernen Hauptverwaltung schnell reagieren zu können. Die Leistungen des SGB II können durch diese Organisationsform aus einer Hand gewährt werden, die Betreuung der Menschen kann individuell und passgenau erfolgen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu ihrer Verantwortung für die hier lebenden Langzeitarbeitslosen gemäß dem Leitsatz „Fördern & Fordern“;
- die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, bei der Festlegung der Regelsätze den besonderen Bedürfnissen von Kindern und Menschen mit besonderen Lebenslagen Rechnung zu tragen;
- die Stadtverordnetenversammlung wendet sich gegen eine pauschale Vorverurteilung und Stigmatisierung der Bezieher von Grundsicherungsleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II;
- die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Entfristung und den langfristigen Erhalt des Status der Landeshauptstadt Wiesbaden als Optionskommune aus. Des Weiteren spricht sie sich dafür aus, den Kreis der Optionskommunen über die bisherige Anzahl von 96 hinaus zu vergrößern. Dies erlaubt den Kommunen auch in Zukunft selbst zu wählen, ob sie die Verwaltung der Leistungen des SGB II in eigener Regie übernehmen möchten;
- die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich auf Landes- und Bundesebene in den Gremien des Städte- und Landkreistags und über die Wiesbadener Landtags- und Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass das Optionsmodell als Modell der Vermittlung von Arbeitssuchenden erhalten bleibt und die bisherigen gesetzlichen Befristungen aufgehoben und das Modell für weitere Kommunen geöffnet wird.

**Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die  
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.**

## Tagesordnung II

**1. 09-F-25-0110**

Kleinere Gruppen, mehr Erzieher: Konnexitätsprinzip bei Umsetzung der Kita-Mindestverordnung einhalten!  
- Beschluss des Ausschusses für Soziales Nr. 0028 vom 10.03.2010 -

**ANLAGE**

**2. 09-V-36-0025**

**DL 06/10-1**

Gemeinschaftsprojekt der Stadt Wiesbaden - Umweltamt und der ESWE Versorgungs AG zur tiefen Geothermie in Wiesbaden

**3. 09-V-51-0090**

**DL 06/10-2**

Umzug und Erweiterung der Kinderkrippe des Trägers Fit for Family care gGmbH

**ANLAGE**

**4. 09-V-66-0249**

**DL 07/10-3**

Grundinstandsetzung Straße "Am Schloßpark" Wiesbaden-Biebrich

**5. 09-V-67-0021**

**DL 11/10-3, 10/10-1 , 07/10-4**

Umgestaltung Freizeitanlage Alter Friedhof

**6. 10-F-24-0003**

Bürgerhaushalt  
- Beschluss des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0068 vom 17.03.2010 -

**ANLAGE**

**7. 10-F-01-0020**

LWV-Haushalt 2010  
- Beschluss des Ausschusses für Soziales Nr. 0029 vom 10.03.2010 -

**ANLAGE**

- |            |  |                            |
|------------|--|----------------------------|
| <b>8.</b>  | <b>10-V-10-0005</b>  | <b>DL 07/10-6</b>          |
|            | Freigabe von Mitteln des Hauptamtes  |                            |
| <b>9.</b>  | <b>10-V-11-3002</b>  | <b>DL 11/10-4</b>          |
|            | Freigabe von Mitteln des Personal- und Organisationsamtes  |                            |
| <b>10.</b> | <b>10-V-20-0003</b>  | <b>DL 06/10-5</b>          |
|            | Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben |                            |
| <b>11.</b> | <b>10-V-20-0007</b>  | <b>DL 07/10-7</b>          |
|            | Personal- und Personalkostenentwicklung 2009   |                            |
| <b>12.</b> | <b>10-V-20-0010</b>  | <b>DL 06/10-6</b>          |
|            | Vorabfreigabe von Ortsbeiratsmitteln 2010  |                            |
| <b>13.</b> | <b>10-V-20-0011</b>  | <b>DL 07/10-8</b>          |
|            | Weiterer Ausbau onlineRathaus  |                            |
| <b>14.</b> | <b>10-V-37-0001</b>  | <b>DL 06/10-7</b>          |
|            | Umbuchen von Haushaltsmitteln für investive Beschaffungen in 2009                                  |                            |
| <b>15.</b> | <b>10-V-40-0002</b>  | <b>DL 06/10-8</b>          |
|            | Grob-Konzept "Dezentrale Ressourcenverantwortung an Schulen"                                       |                            |
| <b>16.</b> | <b>10-V-40-0007</b>  | <b>DL 11/10-8, 07/10-9</b> |
|            | Grundschulkindbetreuung in Trägerschaft von Eltern- und Fördervereinen                             |                            |

- 17. 10-V-41-0003** **DL 07/10-10**  
Vorabfreigabe 2010 Bereich Kultur II. Quartal 2010
- 18. 10-V-51-0002** **DL 11/10-9, 07/10-11**  
Ersatzneubau und Schaffung weiterer Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren in der Kindertagesstätte der Ev. Bodelschwingh-Kirchengemeinde in Kloppenheim
- 19. 10-V-51-0003** **DL 07/10-12**  
Geschäftsbericht SGB II - 1. Halbjahr 2009
- 20. 10-V-52-0002** **DL 07/10-14**  
Bundeshauptversammlung des Bundes Deutscher Radfahrer e.V. vom 14. - 16. April 2011 in Wiesbaden Rhein-Main-Hallen  
**ANLAGE**
- 21. 10-V-52-0003** **DL 07/10-15**  
Sanierung der Kellerskopfhalle in Naurod - üpl.- Genehmigung für 1. Bauabschnitt  
**ANLAGE**
- 22. 10-V-52-0004** **DL 07/10-16**  
Freigabe von Mitteln 2010 des Sportamtes
- 23. 10-V-66-0304** **DL 07/10-19**  
Verkehrssicherung an Fahrbahn- und Gehwegflächen - zusätzliche Mittel
- 24. 10-V-67-0002** **DL 11/10-11**  
Freigabe und Genehmigung von IM-Mitteln im Produkt Baumpflege, Instandhaltungsmittel zur Ersatzpflanzung von Bäumen im Frühjahr 2010
- 25. 10-V-70-0001** **DL 06/10-10**

Abfallwirtschaftskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden: Fortschreibung

26. **10-V-80-2305** **DL 06/10-11**

Parkhaus Coulinstraße - Mittelfreigabe für 2010

### Tagesordnung III

1. **09-V-61-0018** **DL 07/10-2**

Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes "Stadt Wiesbaden" - Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden

#### ANLAGE

2. **09-V-61-0039** **DL 06/10-3**

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Auf der Alsbach" im Ortsbezirk Naurod

3. **09-V-61-0040** **DL 06/10-4**

Bebauungsplan "Auf der Alsbach" im Ortsbezirk Naurod  
- Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung -

4. **09-V-61-0042** **DL 11/10-1, 08/10-1 , 39/09-6**

Flächennutzungsplanänderung "Recyclinganlage Dyckerhoffbruch" im Ortsbezirk Amöneburg -  
Feststellungsbeschluss -

5. **09-V-61-0043** **DL 11/10-2, 08/10-2**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Recyclinganlage Dyckerhoffbruch" im Ortsbezirk Mainz-  
Amöneburg - Satzungsbeschluss -

**6. 10-V-66-0208** **DL 12/10-4, 11/10-10**

Planfeststellungsverfahren gemäß Bundesfernstraßengesetz (FStRG) - Sechsstreifiger Ausbau der BAB 643 - Beteiligung der Träger öffentlicher Belange -  
Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden

**ANLAGE**

**7. 10-A-02-0001**

Änderung der §§ 43, 46 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

**ANLAGE**

**8. 10-V-30-0001** **DL 11/10-5**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsbezirk IV Wiesbaden  
Dotzheim/Frauenstein

**9. 10-V-30-0002** **DL 11/10-6**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk IV Wiesbaden  
Dotzheim/Frauenstein

**10. 10-V-30-0003** **DL 11/10-7**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk XI Wiesbaden  
Nordenstadt/Delkenheim

**11. 10-V-51-0004** **DL 06/10-9**

Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

**12. 10-V-61-0001** **DL 07/10-17**

Bebauungsplan "Komponistenviertel" im Ortsbezirk Nordost; - Beschluss über die 2. öffentliche  
Auslegung des Bebauungsplanes -

**ANLAGE**

**13. 10-V-61-0017** **DL 07/10-18**

Bebauungsplan "Komponistenviertel" im Ortsbezirk Nordost; -Verlängerung der Geltungsdauer  
der Veränderungssperre nach § 17 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

**ANLAGE**

14. **10-V-61-0018** **DL 12/10-3, 09/10-2**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Campus Klarenthal " im Ortsbezirk Klarenthal - Erneuter Satzungsbeschluss -

**Zu den Punkten 15 und 16 finden gemeinsame Sondersitzungen von Fachausschüssen statt:**

15. **10-V-40-0017** **DL 12/10-2**

Martin-Niemöller-Schule - Verhandlungsergebnis mit der Versicherung wegen Brandschaden

16. **10-V-40-0008** **DL 12/10-1**

Martin-Niemöller-Schule - Ausführungsvorlage - Wiederherrichtung und Sanierung des Schulgebäudes

### **Tagesordnung IV**

1. **10-V-03-0002** **DL 06/10-1 NÖ**

Geplante Kooperation kommunalen Großkrankenhäuser

2. **10-V-14-0001** **DL 03/10-1 NÖ**

Prüfung der Eröffnungsbilanz 2007

3. **10-V-20-0004** **DL 06/10-2 NÖ**

Stationäre Altenpflege in kommunaler Trägerschaft

4. **10-V-20-0005** **DL 07/10-1 NÖ**

Neuausrichtung der HSK

5. **10-V-20-0014** **DL 12/10-1 NÖ**

Genehmigung eines Kassenkredits

- |     |  |                      |
|-----|--|----------------------|
| 6.  | <b>10-V-36-0003</b>  | <b>DL 07/10-2 NÖ</b> |
|     | Niederschrift nicht öffentliche Sitzung vom 17.12.2009                     |                      |
| 7.  | <b>10-V-36-0006</b>  | <b>DL 07/10-3 NÖ</b> |
|     | Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirates vom 25.02.2010 |                      |
| 8.  | <b>10-V-66-0502</b>  | <b>DL 07/10-4 NÖ</b> |
|     | Umlegungsverfahren "Petersweg-Ost"   |                      |
| 9.  | <b>10-V-80-2303</b>  | <b>DL 06/10-3 NÖ</b> |
|     | Verzeichnis genehmigter Grundstücksvorlagen                                |                      |
| 10. | <b>10-V-80-2307</b>  | <b>DL 06/10-4 NÖ</b> |
|     | Verkauf eines städtischen Grundstücks                                      |                      |

**ANLAGE**

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher